

BGer 4C.159/2004 vom 4. Juni 2004

Bundesgericht, 2004-06-04, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_4C.159_2004

FR: TF 4C.159/2004 du 4 juin 2004

IT: TF 4C.159/2004 del 4 giugno 2004

Erwägungen

E. 1

Das Bundesgericht prüft von Amtes wegen und mit freier Kognition, ob auf die Berufung einzutreten ist (BGE 129 III 288 E. 2.1 S. 290 m.w.H.).

E. 1.1

Der angefochtene Rückweisungsentscheid beendet das Verfahren nicht und ist damit als Zwischenentscheid zu qualifizieren, der nur nach den Voraussetzungen von Art. 50 Abs. 1 OG mit Berufung angefochten werden kann, worauf das Obergericht in seiner Rechtsmittelbelehrung ausdrücklich hingewiesen hat. Gemäss dieser Bestimmung ist gegen selbständige Vor- und Zwischenentscheide ausnahmsweise die Berufung zulässig, wenn dadurch (erstens) sofort ein Endentscheid herbeigeführt und (zweitens) ein so bedeutender Aufwand an Zeit oder Kosten für ein weitläufiges Beweisverfahren erspart werden kann, dass die gesonderte Anrufung des Bundesgerichtes gerechtfertigt erscheint.

E. 1.2

Die erste Voraussetzung (dass sofort ein Endentscheid herbeigeführt werden kann) ist im vorliegenden Fall erfüllt. Würde nämlich die vom Beklagten erhobene Berufung gutgeheissen, würde dies zur Abweisung der Klage zufolge Verjährung der Minderungsforderung und damit zu einem endgültigen Entscheid führen. In der Rechtsprechung wurde denn auch schon verschiedentlich die Berufungsfähigkeit eines Zwischenentscheides bejaht, wenn im angefochtenen Entscheid wie im vorliegenden Fall eine Verjährungseinrede verworfen wurde (vgl. die Beispiele bei Poudret/Sandoz-Monod, Commentaire de la loi fédérale d'organisation judiciaire, Bern 1990, N. 2.3.1.5 zu Art. 50 OG).

E. 1.3

Damit ist zu prüfen, ob auch die zweite Voraussetzung (dass ein bedeutender Zeit- oder Kostenaufwand für ein weitläufiges Beweisverfahren erspart werden könnte) erfüllt ist. Über das Vorhandensein dieser Voraussetzung entscheidet das Bundesgericht nach freiem Ermessen (Art. 50 Abs. 2 OG), wobei zu beachten ist, dass die Berufungsfähigkeit eines Zwischenentscheides vom Gesetz nur als Ausnahmefall vorgesehen (Art. 50 Abs. 1 OG) und diese Ausnahmebestimmung daher restriktiv auszulegen ist (BGE 122 III 254 E. 2a S. 255 m.w.H.). Grundsätzlich ist in der Berufung darzulegen, inwiefern diese Voraussetzungen vorliegen. Von Ausführungen darüber kann jedoch abgesehen werden, wenn aus dem angefochtenen Entscheid oder der Natur der Streitsache hervorgeht, dass die Fortführung des Verfahrens offensichtlich ein weitläufiges und kostspieliges Beweisverfahren erfordert (BGE 118 II 91 E. 1a S. 92).

Im vorliegenden Verfahren hat der Beklagte nicht ausgeführt, weshalb eine Berufung gegen den Zwischenentscheid ausnahmsweise zulässig sein soll. Damit ist von Amtes wegen zu prüfen, ob die Fortführung des Verfahrens offensichtlich ein weitläufiges und kostspieliges Beweisverfahren erfordert. Dazu ist zu bemerken, dass die geltend gemachten Minderungsansprüche wohl kaum ohne Beweiserhebungen beurteilt werden können. Im vorliegenden Fall wurde indessen im Verfahren vor Bezirksgericht bereits ein Beweisverfahren durchgeführt. So hatte das Bezirksgericht anlässlich der Hauptverhandlung vom 21. Juni 2001 die Parteien und zwei Zeugen befragt. Ferner fand am 19. November 2001 eine Augenscheinsverhandlung statt. Und schliesslich edierte der ehemalige Verwalter der Stockwerkeigentümergeinschaft ebenfalls am 19. November 2001 einen Ordner mit Dokumenten bezüglich Mängelrechten/Mängelrügen. Im Übrigen hatten die Parteien auch Gelegenheit, sich zum Beweisergebnis zu äussern. Damit kann nicht ohne weiteres angenommen werden, dass sich ein aufwändiges Beweisverfahren aufdrängen wird, nachdem das Obergericht die Verjährungseinrede verworfen und das Verfahren zur Neuentscheidung ans Bezirksgericht zurückgewiesen hat.

E. 1.4

Die Vorinstanz hat zwar im angefochtenen Urteil festgehalten, die Parteien seien sich darin einig, dass der massgebliche Sachverhalt noch nicht vollständig festgestellt sei. Allerdings ist aufgrund der Akten nicht ersichtlich, welche zusätzlichen Beweiserhebungen erforderlich sein könnten. Erst recht liegen keine Anhaltspunkte vor, dass sich ein ergänzendes Beweisverfahren aufdrängen könnte, welches sich als "weitläufig" und entsprechend zeit- und kostenaufwändig im Sinn von Art. 50 Abs. 1 OG herausstellen könnte. Auf die Berufung ist daher nicht einzutreten.

E. 2

Bei diesem Ausgang des Verfahrens wird der Beklagte kostenpflichtig (Art. 156 Abs. 1 OG). Da auf die Einholung einer Berufungsantwort verzichtet wurde, ist keine Prozessentschädigung zuzusprechen.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.